



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in der neuesten Ausgabe meines Berichts aus Berlin informiere ich Sie wieder über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin und gebe Ihnen einen Einblick über meinen Einsatz für Mannheim. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Brexit](#)
2. [25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag](#)
3. [Bundesbericht Forschung und Innovation 2016](#)
4. [Terrorismusgesetz](#)
5. [Auslandseinsätze der Bundeswehr](#)
6. [Relevantes aus Mannheim und der Region](#)

1. EU-Referendum in Großbritannien

Den Ausgang des Referendums in Großbritannien habe ich mit Bedauern zur Kenntnis genommen, denn die Stimme Großbritanniens am europäischen Tisch war stets eine Stimme, die sich für Reformen und Bürokratieabbau stark gemacht hat. Als überzeugter Europäer konnte ich mich hiervon insbesondere während meiner Mitgliedschaft im Europaausschuss des Deutschen Bundestages in den 1990er Jahren überzeugen. Für Deutschland als größtem Nettogeberland der EU wird es mit den verbleibenden Mitgliedstaaten nicht einfacher werden. Bei genauerer Betrachtung der Ergebnisse kann man feststellen, daß es sich hauptsächlich um eine Abwahl von Eliten aus Politik, Wirtschaft, Finanzen und Gesellschaft handelt. Ich kann nur hoffen, daß die deutsche Politik diesen Warnschuss hört.

2. 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag

Nachdem sich in der vergangenen Sitzungswoche Uneinigheiten mit unserem Koalitionspartner SPD über den bereits abgestimmten Antrag zum 25. Jahrestag des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen ergeben hatten, einigten sich die Koalitionspartner nun auf einen Antrag, in dem wir die deutsch-polnischen Beziehungen in ihrer ganzen Breite würdigen und zukunftsgerichtet weiter ausbauen wollen. Der Antrag erinnert an den 25. Jahrestag des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen vom 17. Juni 1991. Dieser Nachbarschaftsvertrag stellt gemeinsam mit dem am 14. November 1990 geschlossenen Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze eine historische Zäsur dar, welche die bereits in den Jahrzehnten zuvor begonnene Aussöhnung und Normalisierung zwischen der Bundesrepublik und Polen auf eine feste Grundlage stellte. In dem Antrag beziehen wir uns erstmals auf die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, in der ein großer Teil der deutschen Heimatvertriebenen bereits im Jahr 1950 auf Gewalt und Vergeltung verzichteten. Sie vertrauten schon damals auf eine europäische Zukunft und gingen so wichtige Schritte auf die Nachbarn zu. Dieser Verzicht ist als wichtiger deutscher Beitrag zur Versöhnung der europäischen Völker zu bewerten. Die wichtige Rolle der Kirchen bei der Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen wird in dem Antrag gebührend bewertet.

3. Bundesbericht Forschung und Innovation 2016

Der „Bundesbericht Forschung und Innovation 2016“ stellt als Antwort auf das Jahresgutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation alle zwei Jahre Prioritäten, Ziele und Strukturen der deutschen Forschungs- und Innovationspolitik dar. Er belegt für den Untersuchungszeitraum des Jahres 2014, daß sich die Leistungsfähigkeit der Forschung und Entwicklung in unserem Land erneut gesteigert und verbessert hat. Erstmals

waren hierzulande mehr als 600.000 Menschen in diesem Sektor tätig. Im Forschungs- und Entwicklungsbereich wurden deutschlandweit mehr als 84 Milliarden Euro ausgegeben, womit der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandprodukt bei 2,88 Prozent lag – und beinahe den angestrebten Zielwert von 3 Prozent erreicht hat. Die langfristige Schwerpunktsetzung der CDU/CSU zahlt sich in diesem zentralen Handlungsbereich aus. Seit dem Jahr 2005 und mit Beginn einer unionsgeführten Bundesregierung hat sich die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes deutlich verbessert. Das liegt vor allem an einem wiedererwachten deutschen Unternehmergeist, an einer Lust an der Entwicklung neuer Ideen – was wir nach Kräften und mit einer politischen Entscheidung für eine gezielte Förderung unterstützt und beflügelt haben.

4. Terrorismusgesetz

Im Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus hat der Deutsche Bundestag die rechtliche Grundlage dafür festgelegt, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz gemeinsame Dateien mit wichtigen ausländischen Nachrichtendiensten einrichten und betreiben kann. Über diesen Austausch sollen etwa Reisebewegungen von Dschihadisten besser erkannt und gewalttätige Bestrebungen nach der Rückkehr aus Kampfgebieten besser erkannt und erfaßt werden. Besonders gefährliche Netzwerke, die grenzübergreifend arbeiten, können auf diese Weise noch effizienter als bisher bekämpft werden. Darüber hinaus werden die Möglichkeiten der Bundespolizei, zur Gefahrenabwehr verdeckte Ermittler einzusetzen, ergänzt. Diese sollen einen besseren Zugang in die oftmals sehr abgeschotteten Strukturen der hoch konspirativ arbeitenden Schleuserorganisationen ermöglichen. Die Erbringer von Telekommunikationsdiensten werden verpflichtet, die Identität von Prepaid-Kunden anhand geeigneter Identitätsdokumente zu überprüfen. Die Möglichkeiten der Überwachung gefährlicher Straftäter nach der Haftentlassung werden durch das Gesetz erweitert. Selbstredend ist eine Voraussetzung für diese Zusammenarbeit eine Gewährleistung notwendiger Standards, wie etwa ein angemessenes Datenschutzniveau und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien.

5. Auslandseinsätze der Bundeswehr

Deutsche Beteiligung am KFOR-Einsatz im Kosovo

Der Bundestag hat in namentlicher Abstimmung dem Antrag der Bundesregierung auf eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) zugestimmt. Der 1999 begonnene Einsatz hat zu einer zunehmenden Befriedung der Lage in der unruhigen Region geführt. Allerdings bleibt ein Eskalationspotenzial insbesondere im kosovo-serbisch dominierten Norden des Kosovo bestehen. In Anbetracht der stabilen Lage soll die Personalobergrenze dabei jedoch von 1.850 auf 1.350 einsetzbare Soldaten ab-gesenkt werden.

Deutsche Beteiligung am UNIFIL-Einsatz im Libanon

In einer weiteren namentlichen Abstimmung hat der Bundestag der Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL) zugestimmt. Die Mission UNIFIL ist für die Stabilität im Nahen Osten von großer Bedeutung, während die Region durch den Syrien-Konflikt und die IS-Terrormilizen zusätzlich destabilisiert wird. Unser Einsatz soll die libanesischen Marine in die Lage versetzen, die eigene Seegrenze zu überwachen und zu schützen.

6. Relevantes aus Mannheim und der Region

Gastfamilien in Mannheim gesucht

Der Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA e.V.) hat mich um Hilfe bei der Suche nach Gastfamilien in Mannheim gebeten. Interessierte Familien, die ab November einen Schüler oder eine Schülerin (im Alter zwischen 14 und 18 Jahren aus Paraguay, Chile, Brasilien oder Argentinien) bei sich aufnehmen möchten, können sich ab sofort anmelden. Der VDA e.V. veranstaltet seit vielen Jahren einen interkulturellen Schüleraustausch mit Schülern von deutschen Privatschulen im Ausland, vorwiegend in Südamerika. Der Aufenthalt der Schüler in den Gastfamilien dauert ca. 4-8 Wochen. Die Schüler lernen Deutsch und müssen den Schulunterricht besuchen. Nach der Aufnahme eines Gastschülers organisiert der VDA einen zweimonatigen Gegenbesuch für die deutschen Schüler zu ihrem Austauschgast. Der Gegenbesuch ist nicht verpflichtend. Ich würde mich freuen, wenn Mannheimer Familien Schüler aufnehmen und ihnen den Alltag einer Familie in Deutschland näher bringen können. Nur so kann Völkerverständigung erfolgreich sein. Nähere Informationen zum VDA-Jugendaustausch finden Sie im Internet unter www.vda-kultur.de/jugendaustausch oder telefonisch unter 02241/21735.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.
Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de